

Überblick

4/2007

Schwerpunkt: Rechtsextreme Gewalt in Schule und Jugendarbeit

- ▶ **Rechtsextremismus in der Schule -
Erscheinungsformen und
Handlungsmöglichkeiten**
- ▶ **Rechtsextremismus und Gewalt
als Thema der Jugendarbeit**

IDA
NRW

Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums
für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen
13. Jg., Nr. 4, Dezember 2007
ISSN 1611-9703

Inhalt	
Schwerpunkt	
Rechtsextreme Gewalt in Schule und Jugendarbeit	3
- Rechtsextremismus in der Schule - Erscheinungsformen und Handlungsmöglichkeiten Gabi Elverich	3
- Rechtsextremismus und Gewalt als Thema in der Jugendarbeit Benno Hafener	8
Der Kommentar	
- Neue Untersuchung zum Rechtsextremismus in NRW Alexander Häußler	16
Nachrichten	17
Literatur und Materialien	17

Impressum

Der „Überblick“ erscheint vierteljährlich, ist kostenlos und wird herausgegeben vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW), Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 15 92 55-5, Fax: 02 11 / 15 92 55-69, Info@IDA-NRW.de , www.IDA-NRW.de

Redaktion: Anne Broden

Der „Überblick“ und IDA-NRW werden gefördert vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW. IDA-NRW ist angegliedert an das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. Einsendeschluss von Nachrichten und Veranstaltungshinweisen für Nummer 1/2008: 01.02.2008.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

„Wir sind hier nicht in Ostdeutschland!“ Wer wollte diese Aussage bezweifeln, ja, NRW liegt im Westen der Republik. Aber diese Äußerung ist im Kontext der Auseinandersetzungen mit Rechtsextremismus und Rassismus nicht nur geographisch gemeint, sondern beinhaltet auch eine verharmlosende Distanzierung von „den ostdeutschen Verhältnissen“. Ja, im Landtag Nordrhein-Westfalens sitzt die NPD nicht, von den Kommunen wollen wir lieber in diesem Zusammenhang nicht sprechen, denn bereits dann müssten wir u. a. auf PRO KÖLN eingehen. Ja, gewalttätige Anschläge und Übergriffe finden in diesem Bundesland weniger häufig statt als in ostdeutschen Ländern, aber angesichts des folgenschwersten rassistischen Anschlags in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, nämlich auf die Familie Genç in Solingen, kann auch darauf nicht ernsthaft rekurriert werden. Und auch die rassistisch aufgeladenen gesellschaftlichen Diskurse sind nicht geringer oder harmloser als an anderen Orten dieser Republik.

Rechtsextreme Agitation und Gewalt spiegelt sich mittlerweile auf vielfältige Weise in NRW wider, die Realschule in Köln-Godorf ist ein Beispiel dafür: Ein rechtsextrem orientierter Schüler, dessen Vater ein NPD-Kader ist, versucht seine MitschülerInnen für die rechtsextreme Szene zu rekrutieren und mit seinen Parolen den Unterricht aufzumischen. Der Vater initiiert eine Kampagne gegen die Schule: u. a. legt er eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Klassenlehrerin seines Sohnes bei der Bezirksregierung ein und die täglich eingehenden Propagandamails der NPD erhöhen sicherlich den psychischen Druck, der auf dem Kollegium lastet.

Diese Ausgabe des „Überblick“ beschäftigt sich mit rechtsextremer Agitation und Gewalt in Schule und Jugendarbeit und thematisiert Handlungsspielräume, um Rassismus, Nationalismus und Gewalt entgegenzutreten zu können. Die Beiträge von Gabi Elverich und Benno Hafener wurden beim 6. Fachforum Rechtsextremismus, das die Arbeitsgemeinschaft Kinder und Jugendschutz, IDA-NRW und der Landesjugendring im Dezember 2007 in Dortmund durchführten, vorgetragen. Wir hoffen damit, in einer nicht-alarmistischen Weise ein gesellschaftliches Problem aufzugreifen, das mit dem Verweis auf die vermeintlich viel schlimmeren Zustände in anderen Ländern eben nicht behoben ist.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Anne Broden

Schwerpunkt: Rechtsextreme Gewalt in Schule und Jugendarbeit

Die nachfolgenden Beiträge von Gabi Elverich und Benno Hafener wurden beim diesjährigen Fachforum Rechtsextremismus vorgetragen und diskutiert. Dieses Fachforum führte die Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) in Kooperation mit IDA-NRW und dem Landesjugendring am 10. Dezember in Dortmund durch. Gabi Elverich thematisierte bei dieser Tagung vor allem die Schule als Agitationsfeld der Rechtsextremen und Benno Hafener widmete sich dem Thema Rechtsextremismus und Gewalt in der Jugendarbeit.

Rechtsextremismus in der Schule – Erscheinungsformen und Handlungsmöglichkeiten

Gabi Elverich

In der Debatte um Interventionsstrategien dominiert immer noch die Wahrnehmung von Rechtsextremismus als Jugendproblem. Damit wird die Zuständigkeit für die ‚Problembearbeitung‘ primär an die Pädagogik delegiert. Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen zur Rolle von Schule in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist ein Problemverständnis, das aktuelle Entwicklungen und Modernisierungsbestrebungen in der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland aufgreift und Rechtsextremismus als Herausforderung für alle gesellschaftlichen Handlungsfelder begreift. Vor diesem Hintergrund geht es im Folgenden darum, die Spezifik des politischen Bildungsauftrags der Schule zu skizzieren und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen – in dem Wissen, dass pädagogische Interventionen keine „Allheilmittel“ sind, die rechtsextreme Jugendliche „auf den Pfad der Tugend“ (Schubarth 2000: 41) zurückbringen. Die Rechtsextremismusforschung verweist vielmehr auf vielfältige Ursachen und Entstehungsbedingungen und damit auf die Notwendigkeit mehrdimensionaler Gegenstrategien, die auf der individuellen Einstellungsebene, im sozialen Umfeld und im Bereich des gesellschaftlichen Klimas bzw. der politischen Kultur ansetzen.

Rechtsextremismus in neuer Gestalt

Häufig wird in der Schulpraxis - und nicht nur dort - erst dann reagiert, wenn gewalttätige Übergriffe stattfinden oder rechtsextreme Kader so offensiv agieren, dass die Existenz des Problems nicht mehr ignoriert werden kann. Um die Potenziale pädagogischen Handelns auszuschöpfen, gilt es jedoch nicht nur die Spitze des Eisberges zu sehen, sondern auch die darunter liegenden politi-

schen Einstellungen und Organisationsformen in den Blick zu nehmen. Die Schärfung der Problempassung für subtilere Erscheinungsformen ist eine zentrale Voraussetzung, um rechtsextreme Tendenzen frühzeitig zu erkennen und intervenieren zu können, wenn Einstellungsmuster und Szene-Zugehörigkeiten noch nicht gefestigt sind.

Rechtsextremismus ist ein Sammelbegriff für nationalistische, völkische, ethnozentristische, rassistische, antisemitische, autoritäre, antidemokratische und antipluralistische Einstellungen und kann als Zuspitzung und Bündelung von Ungleichheitsvorstellungen angesehen werden, die in weiten Teilen der Bevölkerung schicht- und generationsübergreifend verbreitet sind (vgl. Scherr 2001). Modernisierungsbestrebungen in der extremen Rechten, die auf die Entwicklung eines ‚akzeptablen‘ Rechtsextremismus abzielen, setzen genau bei dieser Anschlussfähigkeit an.

Rechtsextremismus umfasst damit weit mehr als die direkte Gewaltausübung. Auch die Verbreitung rechtsextremer Weltbilder stellt eine Form indirekter Gewalt dar, da hiermit versucht wird, ein gesellschaftliches Klima der Ablehnung von ‚Nicht-Weißen‘, ‚Nicht-Deutschen‘ und ‚Andersdenkenden‘ zu schaffen. Der Gewaltfokus bringt es auch mit sich, dass Rechtsextremismus vorwiegend als Problem junger Männer wahrgenommen wird. Mädchen und Frauen sind zwar weniger an Gewalttaten beteiligt, dafür aber in anderen Bereichen durchaus aktiv. Auf der Ebene rechtsextremer Einstellungsmuster ist der Frauen- und Männeranteil ausgeglichen (vgl. Bitzan 2002), so dass es auch gilt, die Wahrnehmung für die Involviertheit von Frauen zu schärfen.

Rechtsextremismus als soziale Bewegung

In der Rechtsextremismusforschung hat sich in den 1990er Jahren die Einschätzung durchgesetzt, die netzwerkartige Verbindung von lockeren Gruppierungen mit formellen Organisationen im rechtsextremen Spektrum als Ausdruck einer sozialen Bewegung zu werten. Das bewegungstheoretische Konzept nimmt nicht nur die extreme Rechte als organisatorisches Gebilde, sondern auch die stabilisierende Funktion rechtsextremer Einstellungsmuster in den Blick. Übergreifend kann das Zusammenwirken innerhalb der extremen Rechten in Anlehnung an ein Modell konzentrischer Kreise beschrieben werden, zwischen denen es fließende Übergänge gibt. Im Zentrum stehen die intellektuellen Denkkreise der Neuen Rechten als ‚Bewegungselite‘, die auf die Modernisierung rechtsextremer Diskurse abzielen. Kern der Bewegung sind Basisaktivist/inn/en in Parteien und Organisationen. Unterstützende Funktion haben rechtsorientierte Sub- und Jugendkulturen sowie teilweise gewalttätige Milieus der Neonaziszene. Außen befördern Sympathisant/inn/en im Spektrum des rechtsextremen Einstellungs- und

Wählerpotenzials die Anliegen des organisierten Rechtsextremismus (vgl. Gessenharter 1998: 36f.).

Rechtsorientierte Jugendkulturen sind in diesem Verständnis Teil eines Bewegungsnetzwerkes, in dem eine zunehmende Normalisierung, Modernisierung und teilweise schwer zu überblickende Ausdifferenzierung rechtsextremer Erscheinungsformen zu verzeichnen ist (vgl. Korgel/Borstel 2002). Äußere Kennzeichen rechtsorientierter Jugendkulturen sind z. B. NS-Symbolik und Zahlen-codes in Form von Schmierereien, Kettenanhängern, Aufhängern, Handy-Displays sowie rechtsextreme Kleidung spezifischer Marken wie z. B. Consdaple, Alpha-Industries oder Thor Steinar.

Derzeit ist in Schulen zu beobachten, dass rechtsextreme Jugendliche ihre Gesinnung dezenter zur Schau tragen und weniger provokant auftreten. Dieser Trend zur Unauffälligkeit kann als Reaktion auf die zunehmende Sensibilisierung von Lehrkräften gewertet werden oder aber als Strategie des Akzeptanzgewinns: Derzeit setzen weite Teile der extremen Rechten auf ein seriöses Auftreten und ‚anerkanntes‘ gesellschaftliches Engagement z. B. in Sportvereinen, Elternvertretungen und Bürgerinitiativen.

Rechtsextreme Propaganda in der Schule

Die Modernisierungstendenzen der extremen Rechten lassen sich anhand von Propandamaterialien gut nachzeichnen, die in letzter Zeit auf deutschen Schulhöfen verteilt wurden. Schulhof-CDs und verschiedene Schülerzeitungen sind aktuelle Beispiele dafür, wie rechtsextreme Musik und Medien strategisch eingesetzt werden, um Jugendliche gezielt anzusprechen. Das so genannte ‚Projekt Schulhof‘ sah erstmalig 2004 die Verteilung kostenloser CDs mit inhaltlich einschlägigem, aber strafrechtlich nicht relevantem Rechtsrock vor. Im gesprochenen und mit sanfter Musik untermalten Intro wird viel Wert auf die Abgrenzung von einem negativen Image als „Baseballschläger schwingende Monster“ gelegt, die schlecht gemacht würden, „weil wir unser Land lieben.“¹ Anstelle von provokativen Forderungen wie „Ausländer raus“ werden ‚kulturelle Differenzen‘ betont: „Wir wollen alle Völker und Kulturen dieser Erde in ihrer wunderbaren Einzigartigkeit erhalten. Wir sind keine Ausländerfeinde! Wir lieben das Fremde – in der Fremde.“

Die Schulhof-CD der NPD, die im Landtagswahlkampf in Sachsen 2004 und Mecklenburg-Vorpommern 2006 in erweiterter Fassung verteilt wurde, setzt mit dem Motto „Hier kommt der Schrecken aller linken Spießler und Pauker“² stär-

ker auf Provokation. Hier werden die Jugendlichen neben der Musik unterschiedlicher Stilrichtungen über ein Begleitcomic angesprochen, in dem Tina den arbeitslosen Schulabgänger Ronny davon überzeugt, dass die NPD „eine wirkliche Alternative“ zur „Politik des Sozialabbaus“ darstelle.

Die Schülerzeitung der NPD, die als „Der Stachel“ bzw. nach einem Rechtsstreit mit Bündnis 90/Die Grünen als „Titellose – Schülerzeitung für Mitdenker“ in Brandenburg und Berlin verteilt wurde, zeigt ebenso wie die bisher dreimal erschienene Zeitung „objektiv“ der Jugend Pro Köln, wie u. a. sozial-, bildungs- und sicherheitspolitische Themen von Rechtsextremen gedeutet und ‚jugendgerecht‘ aufbereitet werden.

Auch hier ist das Auftreten nicht offen verfassungsfeindlich, im Gegenteil beruft sich z. B. die Zeitschrift „objektiv“ in ihrer zweiten Ausgabe als Reaktion auf die angebliche „Medienhetze“ nach ihrem Erscheinen auf das Recht auf freie Meinungsäußerung. In diesem Kontext findet sich auch eine Abhandlung zur Aneignung des Begriffes „Zivilcourage.“ Hier wird kritisiert, dass dieser Begriff, der eigentlich „Mut und couragiertes Verhalten zur eigenen Meinung zu stehen“ bedeute, in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus „häufig zu politischen Zwecken missbraucht“ werde.³

Die Beispiele zeigen, dass das Erkennen moderner Formen rechtsextremer Propaganda eine erhöhte Aufmerksamkeit und differenzierte Auseinandersetzung im Schulalltag erfordert.

Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus in der Schule

Die Institution Schule ist qua ihres menschenrechtlich-demokratischen Bildungsauftrages zuständig, anti-demokratischen Einstellungen und rechtsextremen Tendenzen entgegenzuwirken. Der politische Bildungsauftrag ist in den Schulgesetzen der Bundesländer im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit nationalsozialistischen, rechtsextremen und gewaltförmigen Tendenzen mehr oder weniger konkret ausformuliert (vgl. Elverich 2004). Das nordrhein-westfälische Schulgesetz verweist abstrakt auf die „Achtung vor der Würde des Menschen“ und die Erziehung „im Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit.“⁴ Hier kommt die Integrationsfunktion der Schule zum Ausdruck, d. h. die Vermittlung von Werten, Normen und Zustimmung zum politischen System. Diese steht jedoch in einem Konkurrenzverhältnis zur Qualifikations- und Selekti-

hof-CD“ der NPD (www.miteinander-ev.de/pdf/argumente-gegen-npd-cd-2006.pdf)

³ Im Internet verfügbar unter:

www.jugend-pro-koeln.de/objektiv2.pdf

⁴ Schulgesetz NRW (SchulG, §2 Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule)

¹ Zitiert nach: Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (2004): Agitationstechniken und politische Botschaften, Juli 2004 (www.im.nrw.de/sch/doks/vs/Schulhofaktion.pdf)

² Zitiert nach: Argumente und Kultur gegen Rechts e. V. (2006): Argumentationshilfe gegen die Neuauflage der „Schul-

onsfunktion der Schule, welche sich auf die Vermittlung berufsrelevanter Fähigkeiten und die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit bezieht (vgl. Fend 2006: 50f.). Hiermit verbundene Konkurrenzverfahren und Misserfolge können Schüler/innen stärker prägen als das Erleben von Solidarität und Mitmenschlichkeit im Schulalltag. Zudem können autoritäre und ausgrenzende Strukturen rechtsextreme Tendenzen befördern, so dass Schule nicht nur ein Teil der Lösung, sondern auch ein Teil des Problems darstellt. (vgl. Scherr 2001: 36f.). Der bewusste Umgang mit diesen Widersprüchen stellt eine grundlegende Herausforderung für schulisches Handeln gegen Rechtsextremismus dar.

Vor dem Hintergrund dieser Spannungsfelder sind die folgenden Ausführungen schulischer Interventions- und Präventionsansätze zu betrachten. Es handelt sich hierbei nicht um die Vorstellung konkreter Methoden, Konzepte und Projekte; im Vordergrund stehen vielmehr übergeordnete Überlegungen zu Potenzialen und Grenzen von Handlungsstrategien, die auf den jeweiligen schulischen Kontext übertragen werden können.

Ambivalenz von Verboten bedenken

Eine zentrale Herausforderung im Schulalltag ist das Erkennen von Elementen rechtsextremer Lifestyles. Bei Symbolen und Codes gilt es zu unterscheiden, ob diese nach § 86 und 86a strafrechtlich relevant sind oder ‚lediglich‘ als Zeichen der Szenezugehörigkeit gedeutet werden können (vgl. Kirschnick 2001: 142f.). Strafrechtlich gegen Propagandamittel und Kennzeichen nationalsozialistischer oder anderer verbotener rechtsextremer Parteien und Organisationen vorzugehen, ist eine Option schulischer Intervention. Auch Verbote nicht-strafrechtlich relevanter, aber einschlägiger Symbole, Kleidungsmarken etc., wie sie z. B. in einigen Schulordnungen festgeschrieben sind, können sinnvoll sein, um den Nachahmungseffekt zu verringern und potenzielle Opfer vor Dominanzen und Drohgebärden zu schützen. Verbote und rechtliche Sanktionen sind ohne flankierende Maßnahmen jedoch unzureichend und ambivalent: Sie führen dazu, dass rechtsextreme Tendenzen zwar weniger sichtbar werden, tragen aber nicht zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung bei (vgl. Bölling 2003). Zudem kann Repression nicht nur Widerstände stärken und den ‚Reiz des Verbotenen‘ steigern, sondern auch den ungewollten Effekt haben, dass sich die betreffenden Personen als ‚Opfer undemokratischer Verhältnisse‘ stilisieren können.

Inhaltliche Auseinandersetzungskompetenz entwickeln

Die Konfrontation mit rechtsextremen Symbolen, Äußerungen und Übergriffen trifft im Schulalltag häufig auf Unsicherheiten, die auch teilweise dazu

führen, dass weggehört oder weggesehen wird. Das Ausbleiben von Reaktionen ist zwar oft mit Überforderung zu erklären, kann in der Interaktion jedoch verharmlosend wirken oder sogar als Zustimmung gedeutet werden. Konsequentes Eingreifen erfordert eindeutige Positionierungen (vgl. Scherr 2004: 9), damit rechtsextreme Parolen und rassistische Äußerungen nicht unkommentiert im Raum stehen bleiben und rechtsextrem orientierte Jugendliche kein Forum zur Verbreitung ihrer Ideen erhalten. Allerdings ist bei der Intervention Fingerspitzengefühl gefragt, da eine als ‚Überführungsstrategie‘ verstandene Belehrung auch zur Verhärtung von Positionen führen kann (vgl. Bölling 2003).

Mit inhaltlicher Auseinandersetzungskompetenz ist ein offensiver Umgang mit Fragen der Einwanderungsgesellschaft und den vielfältigen Formen gesellschaftlicher Diskriminierung gemeint (vgl. Hormel/Scherr 2004). Dies umfasst auch die Reflexion eigener Einstellungen und Haltungen zum Themenbereich Migration, Flucht und Asyl, Rassismus, Diskriminierung und Menschenrechte – auch im Hinblick auf mögliche Anschlussstellen zu rechtsextremen Denkwelten.

Politische Bildung als Querschnittsaufgabe begreifen

Politische Bildung ist ein Instrument des oben skizzierten Auftrages der Schule, das nicht nur als Unterrichtsfach, sondern auch als fächerübergreifendes Prinzip in Schulgesetzgebung und Curricula der Bundesländer verankert ist. Ferner wird auch die Entwicklung einer Schulkultur, „in der junge Menschen Anerkennung und Wertschätzung“ und „den konstruktiven Umgang mit Vielfalt und mit Konflikten erfahren können“⁵, als zentraler Bestandteil politischer Bildungsprozesse in der Schule angesehen. Die Rahmenvorgabe Politische Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen verweist darüber hinaus auf „die Auseinandersetzung mit Ursachen, Mechanismen und Auswirkungen des Nationalsozialismus und mit aktuellen Ursachen der Anfälligkeit für Rechtsextremismus“ als Aufgabenbereich Politischer Bildung in der Schule.

Da die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus nicht erst dann auf der Tagesordnung stehen sollte, wenn einschlägige Tendenzen zu einem offensichtlichen Problem geworden sind, spielt Politische Bildung als Präventionsansatz eine besondere Rolle: Zum einen ermöglicht die Schule eine strukturierte und längerfristige Auseinandersetzung mit Jugendlichen, zum anderen verweisen empirische Studien auf einen negativen Zusammenhang von politischer Informiertheit und rechts-

⁵ Rahmenvorgabe Politische Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen (RdErl. D. Ministeriums für Schule, Wissenschaft und Forschung v. 7.7.2001).

extremen Einstellungsmustern (vgl. Ahlheim 2001: 22f.).

Denkprozesse anregen und Alternativen aufzeigen

Die Aufgabe Politischer Bildungsarbeit in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus besteht primär in der Anregung von Lernprozessen, um den vereinfachenden Krisenszenarien und menschenverachtenden Problemlösungsstrategien der extremen Rechten alternative Deutungsmuster entgegen zu setzen (vgl. Scherr 2004: 35). Zahlreiche Projekte, Bildungsangebote und Handreichungen bieten hierfür konkrete Anregungen und Ansatzpunkte, zum Beispiel im Bereich der historisch-politischen Bildung, des Interkulturellen Lernens, der Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit sowie der Demokratie- und Menschenrechtserziehung. Sich im ‚Dschungel‘ der Ansätze zurechtzufinden, ist nicht leicht und die Umsetzung von Konzepten mit Herausforderungen verbunden: So ist z. B. zu bedenken, dass eine intensive Auseinandersetzung mit den Schrecken des Nationalsozialismus in politisch-historischen Ansätzen nicht automatisch zu einer Immunisierung gegen aktuelle rechtsextreme Erscheinungsformen führt und interkulturelles Lernen mit einem nationsbezogenen und eindimensionalen Kulturbegriff auch die Festschreibung von Stereotypen und Kulturalisierungen mit sich bringen kann. Die Vielzahl von konzeptionellen Ansatzpunkten ermöglicht eine Auswahl ausgehend von der jeweiligen schulischen Situation und Bedarfslage. Problematisch ist jedoch, dass die Ansätze häufig unverbunden nebeneinander stehen und selten in längerfristige Maßnahmen eingebunden sind. Es fehlt ein übergreifendes Konzept der Bildung in der Einwanderungsgesellschaft, das die verschiedenen Zugänge systematisch verknüpft und zu einer „rationalen Analyse und Diskussion der Realitäten der Einwanderungsgesellschaft“ (Hormel/Scherr 2004: 32) befähigt.

In Bezug auf die Adressat/inn/en Politischer Bildung ist zu bedenken, dass ideologisch gefestigte Jugendliche schwer zu erreichen sind. Der Versuch, rechtsextreme Haltungen zu hinterfragen und Denkprozesse anzustoßen, ist im Umgang mit politisch ambivalenten Jugendlichen weitaus aussichtsreicher (Kirschnick 2001: 13; Ahlheim 2001: 25f.). Ein zentraler Ansatzpunkt Politischer Bildung gegen Rechtsextremismus ist die Stärkung von Jugendlichen mit antirassistischen und menschenrechtsorientierten Haltungen ebenso wie die Unterstützung und das ‚Empowerment‘ derjenigen, die von Rassismus betroffen und von rechtsextremer Gewalt bedroht sind.

Demokratiebewusstsein schärfen

Rechtsextremen Vorstellungswelten und Deutungsmustern entgegenzuwirken heißt auch, das Bewusstsein für Demokratie zu schärfen und „den

Sinn demokratischer Prinzipien zu verdeutlichen, zu Distanz und Kritik gegenüber fremdenfeindlichen, rassistischen und nationalistischen Ideologien zu befähigen und die Achtung vor der unantastbaren Würde jedes Menschen zu fördern - und nicht nur derjenigen, die Staatsbürger sind und/oder der ‚nationalen Gemeinschaft‘ zugerechnet werden.“ (Hormel/Scherr 2004a: 194). Eine menschenrechtsorientierte Demokratieentwicklung als Gegenpol zu rechtsextremen Einstellungen offensiv zu vertreten, bietet zudem den Vorteil, nicht nur *gegen* Rechtsextremismus zu arbeiten, sondern auch mit einem positiven Bezugspunkt zu arbeiten. Ferner setzt die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen in der Schule auf ein Selbstverständnis von Professionellen, die sich nicht vor politischer Positionierung in der Perspektive einer demokratischen und menschenrechtsorientierten Einwanderungsgesellschaft scheuen.

Schulkultur verändern

Schulische Handlungsansätze gegen Rechtsextremismus sind vor allem dann erfolgreich, wenn sie sich nicht nur auf den Unterricht beziehen, sondern Schule als Ganzes in den Blick nehmen und auf die Gestaltung eines demokratischen Miteinanders im Schulalltag hinwirken (vgl. Schubarth 2000). So bietet beispielsweise das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“⁶ einen Rahmen, um sich kontinuierlich mit dem Themenbereich – inklusive alltäglicher Diskriminierungen und Rassismen in der eigenen Einrichtung – zu beschäftigen. Auch das kürzlich beendete Programm der Bund-Länder Kommission (BLK) „Demokratie lernen und leben“ (vgl. Edelstein/Fausser 2001) setzt auf die Entwicklung einer demokratischen Schulkultur und das Potenzial von Anerkennungs-, Partizipations- und Selbstwirksamkeitserfahrungen als ‚Mittel‘ gegen antidemokratische Tendenzen.

Über den Tellerrand blicken

Für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist es darüber hinaus förderlich, die Logik des ‚Einzelkämpfertums‘ in der Schule zu durchbrechen. Die Verständigung im Kollegium über mögliche Vorgehensweisen und die Koordination von Aktivitäten kann eine wichtige Entlastungsfunktion haben, wenn Verantwortung gemeinsam getragen wird (vgl. Korgel/Borstel 2002: 225). Neben der Öffnung nach innen, die auch die Zusammenarbeit mit engagierten Schüler/inn/en und Eltern umfassen sollte, kann die Vernetzung und Kooperation mit Externen, z. B. mit Trägern der Jugendarbeit sowie mit Mobilien Beratungsteams oder zivilgesellschaftlichen Initiativen hilfreiche Unterstützung für die Entwicklung umfassender Gegenaktivitäten bringen. Auch die Kooperation mit Einrichtungen der außerschulischen Jugendbil-

⁶ www.schule-ohne-rassismus.org

derung ist vielversprechend, da sie andere Lernformen und Distanz zu den Zwängen des Schulalltags ermöglicht (vgl. Scherr 2001: 40f.). Damit Projekte in Zusammenarbeit mit externen Partnern mehr sind als aktionsorientierte Symbolpolitik oder kurzfristig angelegte ‚Feuerwehripädagogik‘ sollten diese in begleitende Aktivitäten eingebettet werden (vgl. Kirschnick 2001: 133).

Die Ausführungen zeigen, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Schule eine Vielzahl von Handlungsmöglichkeiten bietet. Langfristig gilt es jedoch, nicht nur die vorhandenen Spielräume zu nutzen, sondern auch die strukturellen Voraussetzungen für eine angemessene Umsetzung des politischen Bildungsauftrages der Schule zu schaffen:

- Auf der Ebene individueller Einstellungen kann Schule in der Arbeit mit Schüler/innen, aber auch durch Fortbildungen und Reflexionsprozesse der Pädagog/innen Lernprozesse anregen, die menschenrechtsorientierte Haltungen stärken. Zudem kann Schule zu einem sozialen Raum werden, der – innerhalb der strukturellen Grenzen einer hierarchischen Organisation – Anerkennungserfahrungen ermöglicht und ein demokratisches Miteinander erlebbar macht.
- Auf der institutionellen Ebene hat Schule die Möglichkeit, Fragen der Einwanderungsgesellschaft offensiv aufzugreifen und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus längerfristig und strukturiert anzugehen. Hier besteht dringender Bedarf, entsprechende Inhalte in Curricula und Lehrerbildung zu verankern und der Politischen Bildung in der Schule wieder einen höheren Stellenwert beizumessen.
- Auf der gesellschaftlichen Ebene kann Schule als zentrale Sozialisationsinstanz durch ein positives Verhältnis zur Einwanderungsgesellschaft einen wichtigen Beitrag zur Veränderung des gesellschaftlichen Klimas leisten und der Akzeptanz rechtsextremer Welt- und Feindbilder entgegenwirken. Dies setzt eine konsequente Antidiskriminierungsperspektive und grundlegende Veränderungen im Schulsystem voraus, damit Schule den Abbau von Diskriminierungen z. B. durch die dringliche Verbesserung der Bildungschancen für Jugendliche mit Migrationsgeschichte befördern kann.

Literatur

Ahlheim, Klaus (2001): Pädagogik mit beschränkter Haftung. Politische Bildung gegen Rechtsextremismus, Schwalbach/Ts.

Bölting, Franz-Josef (2003): Jugendliche und die Attraktivität rechter Parolen – drei Handlungsalternativen für die Schule, in: Ahlheim, Klaus (Hg.): Intervenieren, nicht resignieren. Rechtsex-

tremismus als Herausforderung für Bildung und Erziehung, Schwalbach/Ts, 195-208

Bitzan, Renate (2002): Frauen in der rechtsextremen Szene, in: Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hg.): Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen, 87-104

Edelstein, Wolfgang/Fauser, Peter (Hg.) (2001): Demokratie lernen und leben. Gutachten zum Programm. Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung, Heft 96, Bonn

Elverich, Gabi (2004): Expertise zu den bildungspolitischen Reaktionen auf die Einwanderungsgesellschaft in den Bundesländern, in: Hormel/Scherr (Hg.)(2004), 309-330

Fend, Helmut (2006): Neue Theorie der Schule. Einführung in das Verstehen von Bildungssystemen, Wiesbaden

Gessenharter, Wolfgang/Fröchling, Heinz (1998): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes? Opladen

Hormel, Ulrike/Scherr, Albert (2004): Bildung in der Einwanderungsgesellschaft. Perspektiven der Auseinandersetzung mit struktureller, institutioneller und interaktioneller Diskriminierung, Wiesbaden

Kirschnick, Sylke (2001): Rechtsextremismus an Schulen: Was tun? – Anregungen und Argumente für Lehrer/innen, in: Butterwegge, Christoph/Lohmann, Georg (Hg.): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, Opladen, 131-148

Korgel, Lorenz/Borstel, Dierk (2002): Rechtsextreme Symbolik und Kleidung im öffentlichen Raum. Bestandsaufnahme und Handlungsstrategien, in: Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hg.): Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen, 213-228

Scherr, Albert (2001): Pädagogische Interventionen. Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, Schwalbach/Ts.

Scherr, Albert (2004): Pädagogische Interventionen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Eine Handreichung für die politische Bildung in Schulen und der außerschulischen Bildungsarbeit, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Rechtsextremismus im Internet (CD-Rom).

Schubarth, Wilfried (2000): Pädagogische Konzepte als Teil der Strategien gegen Rechtsextremismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B39/2000, 40-48

Autorin

Gabi Elverich promoviert zum Thema „Demokratische Schulentwicklung als Interventionsstrategie gegen Rechtsextremismus“ und arbeitet in der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit beim Deutschen Jugendinstitut, Außenstelle Halle.

Rechtsextremismus und Gewalt als Thema in der Jugendarbeit

Benno Hafeneeger

Vorbemerkung

Es gibt unterschiedliche wissenschaftlich-disziplinäre Gewaltdiskurse und empirische Studien über den Zusammenhang von ‚Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt‘. Fasst man die politisch-öffentlichen Debatten zusammen, nimmt man herausgegriffene empirische Befunde und mediale Skandalisierungen sowie politisch-pädagogische Maßnahmen als Belege, dann könnte man – im Fokus medialer Inszenierungen – zu dem Ergebnis kommen, dass wir es geradezu mit einer gewaltaffinen, gewaltbereiten und gewalttätigen oder auch rechtsextremen ‚Jugend‘ zu tun haben. Der Zusammenhang von ‚Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt‘ ist in aller Munde und es gilt – historisch zum wiederholten Male –, vor jeglichem generalisierten Jugendbild und verallgemeinerten Tendenzen sowie einem Jugendzentrismus des Themas zu warnen. Es gibt keinen Beleg für einen fundamentalen Wechsel in den Orientierungen und Verhaltensweisen ‚der‘ jungen Generation (die es eh nur im Plural gibt) und für einen alarmierenden Anstieg von rechtsextremistischen Orientierungen und Gewalt.

Im Zweiten – periodisch erscheinenden – Sicherheitsbericht der Bundesministerien des Inneren und der Justiz (2006) heißt es zu Trends in der Gewaltkriminalität u. a., dass sich neben einem Rückgang schwerer Gewaltdelikte ein Anstieg von „leichterer“ Gewaltkriminalität, von Drogendelikten und Körperverletzung findet. Bei leichter Körperverletzung durch Jugendliche etwa wurde eine Zunahme von 2,5 Prozent verzeichnet (Bundesministerium des Inneren, 2006); weiter heißt es, dass eine Brutalisierung der gewaltbereiten Jugendlichen nicht zu verzeichnen ist. Übergreifend wurde in dem Sicherheitsbericht vermerkt, dass sich in den letzten Jahren ein Wandel bei der Bewertung von Gewalt finden lässt: Die Akzeptanz von Gewalt ist sowohl bei Jugendlichen als auch bei deren Bezugspersonen zurückgegangen. Gleichzeitig gibt es soziale Gruppen, gibt es Orientierungen und Verhaltensweisen in Teilen der jungen Generation, die nachdenklich stimmen, die genauer zu untersuchen und zu erklären sind – und mit denen es sich politisch, zivilgesellschaftlich und pädagogisch auseinanderzusetzen gilt.⁷

Vier Ebenen, fünf Diskurse und eine weitere Differenzierung

Da Rechtsextremismus und Gewalt vielschichtige und komplexe Phänomene sind, soll hier lediglich – ohne auf weitere begriffliche Klärungen und Prä-

zisierungen einzugehen, dazu gibt es umfängliche Literatur – auf drei Differenzierungsangebote hingewiesen werden. Sie tragen zur ‚Sondierung‘ und ‚Rahmung‘ des Themas bei.

I. In ihrer neuen Studie unterscheiden Sturzbecher/Holtmann (2007) beim *Phänomen Jugendgewalt* vier Ebenen:

1. Akzeptanzebene: „Inwieweit wird Gewalt von Jugendlichen als berechtigtes Mittel zur Regelung von Beziehungen und Konflikten und damit als ein ‚normales‘ Handlungsmuster wahrgenommen und gebilligt?“
2. Bereitschaftsebene: „Sind die Befragten selbst bereit, Gewalt beispielsweise zur Durchsetzung von Interessen einzusetzen?“ („Instrumentelle Gewaltbereitschaft“)
3. Handlungsebene: „Haben sich die Befragten bereits an Gewaltaktionen beteiligt?“
4. Sanktionsebene: „Wie reagieren Mitschüler und Lehrer auf Gewalt?“

II. In der *Gewaltdebatte* können vor allem *fünf Diskurse* unterschieden werden:

1. Alltagsgewalt – hier geht es um eine Grauzone und ein Phänomenspektrum: auf der Straße, in der Straßenbahn, im Bus verbunden mit Vandalismus, Formen von körperlicher Auseinandersetzung mit Rempelen/Rangeleien (und auch Körperverletzung). Hier wird diskutiert, dass die Phänomene zugenommen hätten, sich in einer Grauzone bewegten, eher diffus seien; dass wir es mit einer alltagskulturellen Verrohung in der jungen Generation zu tun hätten.
2. Gewalt und Kriminalität – hier geht es um Delikte im Rahmen des Strafrechts (Körperverletzung, Nötigung ...). Hier geht es um die soziale Gruppe, die als ‚kriminelle Jugend‘ etikettiert wird, die sich in jeder Jugendgeneration als „kleine Gruppe“ herausbildet und auch verfestigt.
3. Schule und Gewalt – hier geht es um Gewalt unter/zwischen Schülern, gegenüber LehrerInnen, Sachen und Gebäuden bis hin zu (angedrohten) Amokläufen. Hier geht es um den Blick in die Schule und ein Thema, das uns vor allem seit Beginn der 1990er Jahre beschäftigt.
4. Fremdenfeindlich, antisemitisch und rechtsextrem motivierte Gewalt – hier geht es um polizeilich registrierte Straftatbestände (mit dem dazugehörigen Hell- und Dunkelfeld). Hier geht es um einen spezifischen Zusammenhang, der folgendermaßen definiert wird: „(...) wenn die Umstände der Tat oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung,

⁷ Auf eine identitätskritische und geschlechtersensible Differenzierung des Themas kann im Folgenden nicht eingegangen werden.

Behinderung oder ihres äußeren Erscheinungsbildes bzw. ihres gesellschaftlichen Status richtet“ (Bundesministerium des Innern, 2007).

5. Schließlich ist die Frage, ob es Rechtsextremismus und Gewalt – mit einer doppelten Perspektive – auch in der Jugendarbeit gibt: ob es ein Thema *in* der Jugendarbeit ist, die es als ein Thema von ‚außen‘ aufnimmt, und/oder ob es auch *in* ihrem Alltag (in ihrem Innenleben) selbst vorhanden und ein Thema geworden ist.

III. In der Debatte um (*jugendlichen*) *Rechtsextremismus* und die Entwicklung von *angemessenen und kontextsensiblen Strategien* ist immer von der jeweils konkreten lokalen/regionalen Situation auszugehen. Unterschiedliche erwachsene und/oder jugendliche Phänomene müssen zunächst in einer sozialräumlich orientierten Problem-/Definitionsanalyse gerahmt werden. So können bzw. müssen unterschieden werden:

- Repräsentanz und politische Strategie im kommunalen Parlament und/oder traditionelle außerparlamentarische Arbeit einer rechtsextremen Partei (Infostände);
- harte, provozierende und identifizierbare Gruppe (Skinheads, Kameradschaft);
- Einzelakteure mit Netzwerkfunktion und Anlaufstelle;
- zugehörige Immobilie als Treff- und Veranstaltungsort der (lokalen, regionalen oder auch überregionalen) Szene;
- Laden als Treffpunkt und Anlaufstelle, Verkauf von Utensilien, CDs u. a.;
- Clique, jugendkulturelle Szene mit Treffpunkten (öffentlich, in Jugendeinrichtungen, Kneipen) mit Musik und Konzerten, Präsenz im und Besetzung des öffentlichen Raum(es);
- Clique, die weniger öffentlich, sondern vor allem privat agiert (Partykeller);
- regionale Reisetätigkeiten, Besuche, bekannte (wechselnde) regionale Treffpunkte;
- Präsenz einer rechtsextremen und gewaltbereiten Gruppe, die Straf- und Gewalttaten begeht (Überfälle, Anschläge, Bedrohungen, Schlägereien – auch bei Dorffesten);
- bekannte Akteure aus der Kommune und/oder Anreise ‚von außen‘;
- Radikalisierungsprozess, Stand der Verfestigungsentwicklung der Gruppe/Szene, Eskalations- und Interaktionsdynamiken;
- und schließlich die Frage nach der Resonanz in der Bevölkerung (Wahlverhalten, erwachsene Akteure, Mentalitäten am Stammtisch).

Ein kurzer Blick zurück

In historischer Perspektive ist Rechtsextremismus und Gewalt wiederholt auch ein Thema in der Ju-

gendarbeit bzw. Jugendpolitik gewesen. Ein paar ausgewählte kurze Hinweise zeigen zunächst, dass und wie zunächst das Thema ‚Gewalt‘ (als Alltags-, Cliques- und Gruppengewaltphänomen) im jeweiligen historischen Bezug auch die Jugendarbeit/-politik beschäftigte bzw. zu Debatten provozierte und herausforderte.

- Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts – im Jahr 1912 – hat Walter Classen, ein reformorientierter Pastor aus Hamburg (St. Pauli), die Schrift „Die Halbstarke“ verfasst. Er meinte damit männliche Jugendliche aus den unteren sozialen Schichten, die „verkommen, verdorben“ sind, die abweichen und kriminell werden. Sie wurden als Gefahr gesehen und waren in ihrer Entwicklung gefährdet – und wenn ihnen nicht pädagogisch erzieherisch geholfen wurde, dann waren sie als Kriminelle hilflos und verloren (so der Tenor der Schrift).
- In der Weimarer Republik gab es die Begriffe Banden, Cliques/wilde Cliques, Halbstarke und Viertelstarke – also Gesellungsformen von Jugendlichen –, zu deren adoleszentem Verhaltensrepertoire auch Gewaltphänomene (Provokationen, Grenzüberschreitungen, Austestsituationen etc.) gehörten.
- In der Geschichte der Bundesrepublik gab es Mitte der 1950er Jahre die „Halbstarckenkrawalle“; vor allem männliche Jugendliche (Lehrlinge, Jungarbeiter) haben die Öffentlichkeit, die Pädagogik und die Polizei mit ihrem Verhalten/ihren drei Krawalltypen provoziert.
- Die Studentenunruhen und Jugendproteste der 1960er und 1970er Jahre waren mit Grenzüberschreitungen, Provokationen (und einer Gewaltdiskussion) verbunden.

Viele weitere Hinweise könnten ein breites Spektrum zeigen und belegen, dass Alltagsgewalt, politische Provokation und Grenzüberschreitungen schon immer Phänomene in Teilen der jeweiligen zeitbezogenen jungen Generation waren.

Rechtsextremismus und Gewalt

Der Zusammenhang von ‚Rechtsextremismus und Gewalt‘ – und dann als Herausforderung und Aufgabe für die Jugendarbeit – ist komplex und vielschichtig. Das belegen u. a. folgende fünf Aspekte:

1. In der BRD haben wir es vor allem in den 1970er Jahren erstmals mit neonazistischen Klein- und Kadergruppen zu tun, zu deren Merkmalen ‚Gewalt‘ zählte; die rechtsextrem motivierte Gewalt umfasste ein großes Spektrum von Straftatbeständen – bis hin zum Rechtsterrorismus. Seit dieser Zeit diskutieren wir in Deutschland den Zusammenhang und unterschiedliche Phänomene von ‚Gewalt und Rechtsextremismus‘. Nach allen vorliegenden Studien seit Beginn der 1990er Jahre gehören

zu den Merkmalen der Täter und Tatverdächtigen: Es sind überwiegend Jugendliche und junge Erwachsene männlichen Geschlechts, sie haben überdurchschnittlich unterdurchschnittliche Bildungsabschlüsse, sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen und in einfachen Arbeiterberufen oder als ungelernte Arbeiter tätig. Über drei Viertel der fremdenfeindlichen Straftaten werden von Gruppen oder aus Gruppen heraus verübt (Jugend- und Bandenkriminalität). Gewalt ist ein männliches Phänomen und in den gewaltaffinen Gruppen/Cliquen wird Anerkennung und Macht ausagiert und erfahren. Und ein weiterer Hinweis ist interessant, dass fremdenfeindliche Straftaten überwiegend an Wochenenden registriert werden, wenn Freizeitcliquen und andere Gruppen sich in privaten Wohnungen, auf öffentlichen Plätzen, in Parkanlagen, Gaststätten oder Diskotheken zusammenfinden. Diese Treffen sind beliebte Anlässe für Saufgelage, die häufig von Musik mit rassistischen, ausländischerfeindlichen und antisemitischen Inhalten begleitet werden. Im Gruppenkontext bilden Alkohol und Musik eine zugleich stimulierende und enthemmende Gemengelage, die rechtsextremistische Gewalttaten motivieren können.

2. Ein Blick in empirische Befunde zeigt: Als stärkste Risikofaktoren für die Herausbildung von Gewaltbereitschaft und gewalttätigem Verhalten kristallisierten sich rechtsextreme Orientierungen, die Zugehörigkeit zu einer Gewalt akzeptierenden Clique und ‚Schulunlust‘ heraus. Die höchste Vorhersagekraft für Gewaltbereitschaft weisen dabei rechtsextreme Einstellungen auf. Wie ist dieser Effekt zu erklären? Rechtsextreme erheben den Anspruch, eine Elite darzustellen und das ‚lebensrichtige Menschenbild‘ zu haben. Dies begründet die Faszination des Rechtsextremismus für manche Jugendliche, die Anerkennung suchen, ohne diese bei konventionellen Aktivitäten im Lebensalltag (z. B. beim Lernen in der Schule, bei der Arbeit im Beruf) finden zu können. Der elitäre Anspruch und die aus dem Anerkennungsstreben resultierende Abwertung anderer führen bei Rechtsextremen dazu, dass Unterschiede in den Lebensanschauungen und Interessen nicht anerkannt oder gar gleichberechtigt ausgehandelt werden. Vielmehr verfallen Rechtsextreme in ein Freund-Feind-Denken, das im Extremfall auf die Vernichtung des feindlichen Anderen bzw. der Unterschiede zielt. Die Anerkennung und der Einsatz von Gewalt als gerechtfertigtes Mittel zur Zerstörung des Andersartigen stellt also ein konstituierendes Merkmal rechtsextremer Gesinnung dar und macht ihre Gefährlichkeit aus. Ähnlich stark wie rechtsextreme Einstellungen fördert die Zugehörigkeit zu einer gewaltakzeptierenden Clique die Gewaltbereitschaft und das Gewalthandeln Jugendlicher, denn der Einzelne muss die Gruppennormen und damit die Wertschätzung der anderen Gruppenmitglieder für Gewalt anerkennen und sich konform verhalten, wenn er soziale Anerkennung in der Gruppe erfahren und Sanktionen vermeiden will.
3. Aus den empirischen Befunden der letzten Jahre will ich hier nur eine aktuelle Studie herausgreifen: Nach Sturzbecher/Holtmann (2007) haben z. B. in Brandenburg im Jahre 2005 knapp 28% der befragten Jugendlichen ausländischerfeindliche Einstellungen; ausgeprägte ausländischerfeindliche Positionen vertreten 8,3%. Es sind mehr männliche als weibliche Jugendliche und sie kommen eher aus niedrigeren Schulformen. Das gilt auch für die Gruppe der 13,7% rechtsextrem eingestellten Jugendlichen, von denen etwa 3% zu einem ‚harten Kern‘ zählen. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass es mit 4,3% eine kleine Zahl von hoch gewaltakzeptierenden Jugendlichen gibt; 10% gehören zu den Befürwortern von instrumenteller Gewaltbereitschaft und beteiligt an Gewalthandlungen (Schlägereien) waren 13,4% der 12- bis 14-Jährigen und knapp 7% der volljährigen Befragten.
4. Weiter ist auf das Verhältnis von Ideologie und Gewalt hinzuweisen. Hier schreiben Sitzer/Heitmeyer (2007): „Bei ideologisch fest gefügten Gruppen hat Gewalt die Funktion der Durchsetzung von Ideologie zur Herstellung politischer Macht. Sie wird dann gezielt strategisch eingesetzt. Davon sind Gruppen von zumeist Jugendlichen und Heranwachsenden zu unterscheiden, für die territoriale Macht über Sozialräume im Vordergrund steht. Hier dominiert eher expressive Gewalt, und die Ideologiefragmente werden zum Teil auch mit wechselndem Inhalt zur Legitimation herangezogen. In der Verteilung von Gewalt häufigkeit durch die unterschiedlichen Gewaltgruppen liegt der Schwerpunkt bei der gelegentlich abhängigen Gewalt durch politisch nicht organisierte Freizeitcliquen und Skinheadgruppen“ (ebd., 8).
5. Und schließlich zeigt ein Blick in die offizielle Statistik, dass im Zeitraum von 1990 bis 2006 (und für das Jahr 2007 wird eine weitere Zunahme erwartet) die Zahl der rechtsextrem motivierten Straftaten (und Gewalttaten) sprunghaft gestiegen und auf einem hohen Niveau verblieben ist; sie lag im Jahr 2006 bei insgesamt 17.597 polizeilich registrierten Straftaten (davon waren 1047 Gewalttaten).

Rechtsextremismus und Gewalt als Thema der Jugendarbeit seit Beginn der 1990er Jahre

Seit etwa 15 Jahren kann eine neue Phase bzw. können neue Dimensionen und Ausmaße, Phänomene und Aspekte des – nicht nur – jugendlichen Rechtsextremismus (und der Gewalt) identifiziert werden. Hier gehören zu den Merkmalen: Normalisierung, Wahlerfolge bzw. Wahlverhalten („jung, männlich, schlecht gebildet“), Verjüngung des Lagers, Kameradschaften, Jugendkultur und Gewaltaffinität/-verhalten. Die Jugendarbeit war in diesem Zeitraum ‚von Anfang an‘ mit dem Thema konfrontiert – und das in viererlei Perspektive:

- mit vielfältigen praktischen Angeboten (vor dem Hintergrund von Förderprogrammen des Bundes und der Länder),
- in konzeptioneller Fundierung und der Suche nach ‚guten Gründen‘ in der Auseinandersetzung,
- in kritisch-reflexiver Vergegenwärtigung von Ursachen und Motiven, von empirischen Befunden, von Chancen und Grenzen.
- Es geht immer um Dimensionen (und deren Schattierungen) und Relationierungen von Prävention, Intervention und Repression sowie das Spannungsfeld von ‚akzeptierender Jugendarbeit‘ als Akzeptanz, um soziale und gemeinschaftliche Integration (Unterstützung) sowie um die Konfrontation mit demokratischen Orientierungs- und Handlungsweisen.

Zu diesen Fragen will ich zehn ausgewählte Linien skizzenhaft nachzeichnen und kommentieren.

1. Im Rahmen des AgAG (Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt, ein von 1992 bis 1996 gefördertes Modellprogramm der Bundesregierung; Anm. d. Red.) und zahlreicher Länderprogramme ebenfalls in den 1990er Jahren zeigte sich u. a. folgende Differenzierung:

- Das Thema wurde *erstens* von vielen Trägern der Jugendarbeit aufgenommen und in deren Angebote integriert. In aufklärend-bildender Absicht oder mehr dem informellen Lernen zugeordnet reichen die Formate – je nach Zielgruppe – von historisch-politischer Bildung über Trainingskurse, Mediation, interkulturelles Lernen, Begegnungsprojekte, Kulturarbeit, Erlebnispädagogik bis hin zu streetwork/aufsuchender Jugendarbeit und Ansätzen ‚akzeptierender und konfrontativer Jugendarbeit‘ mit rechten Jugendlichen (Cliques, Skinheads). Viele Träger der Jugendarbeit haben ihr spezifisches Profil begründet, Angebote entwickelt und neue Zugänge zu Jugendlichen erprobt.

- Es zeigte sich *zweitens* zugleich eine differenzierte Situation: Die Arbeit mit interessier-

ten, engagierten Jugendlichen diene deren Sensibilisierung und Aufklärung; die Arbeit in der ‚Grauzone‘ mit neuen jugendlichen (bildungsfernen) Zielgruppen gelingt am ehesten über niedrigschwellige Angebote und Zugänge, Beziehungsangebote und experimentelle Projektideen; die Arbeit mit Jugendlichen in der rechtsextremen Szene ist eine anstrengende Gratwanderung und als professionelle Herausforderung dominierte konzeptionell die ‚akzeptierende Jugendarbeit‘.

2. Aus der Auswertung des Civitas Programms – neben entimon und Xenos war es Teil des zweiten Bundesprogramms bis Ende des Jahres 2006 – will ich aus den umfänglichen Befunden einige Hinweise herausgreifen, die m. E. für die Jugendarbeit und für kommunale Strategien erhellend und von weiter zu klärender Bedeutung sind. In der Auswertung der Arbeit der ‚Mobilen Beratungsteams (MBT)‘ wird die Beratung und Moderation in zwei Richtungen differenziert, die auch für die Positionierung von Jugendarbeit interessant ist. Beide Ansätze haben ihre spezifischen Logiken und Implikationen. Es ist *erstens* der ‚gegnerschaftsfixierte Ansatz‘, der sich auf den Rechtsextremismus und dessen (direkte) Bekämpfung fokussiert. Hier ist das Thema vorgegeben, mit dem sich Jugendarbeit in ihren Angeboten bekämpfend, konfrontativ, beziehungsorientiert auseinandersetzt und zum Akteur wird. Sie ist pädagogischer Teil einer politischen Bekämpfung (shaltung). Es ist *zweitens* der offene, moderierende Ansatz, der auf die demokratische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zielt und den Prozess – die Entwicklung einer demokratischen Zivilgesellschaft und Gemeinwesenkultur – beraten, begleiten und fördern will (Lynen von Berg/Pallocks/Steil 2007).

In der Auswertung des Bundesprogramms heißt es u. a.: „Der gegnerische Ansatz ist primär auf den Rechtsextremismus fokussiert; die Zielsetzungen und vorgeschlagenen Strategien sind auf dessen Zurückdrängung, Beseitigung ausgerichtet. Positive Zielsetzungen im Hinblick auf die Frage, wie ein demokratisches Gemeinwesen unter Einbeziehung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger entwickelt werden kann, treten hinter diese negativ bestimmte Zielsetzung zurück. Die Mobilisierung gegen einen Gegner kann unter bestimmten Bedingungen aber eine starke Ressource sein, indem beispielsweise Zusammengehörigkeitsgefühle gestärkt, Solidaritätseffekte erzielt und politische Zielsetzungen bestätigt werden. Im Unterschied zum gegnerschaftsfixierten wird bei dem offenen moderierenden Ansatz der Aktivierungsanspruch nicht in einer politischen Ausrichtung des Beratungsvorgangs selbst zur Geltung gebracht.“

Durch die Einnahme einer professionellen Beraterrolle, die sich in Äquidistanz zu den beratenen Akteuren einerseits und einer Distanzierung zum Gegenstand andererseits auszeichnet, wird der Beratungsprozess sowohl im Hinblick auf die zu entwickelnden Strategien als auch für alle Interessierten offen gehalten“ (Lynen von Berg/Pallocks/Steil 2007, 45f.).

Jenseits von spektakulären und konzeptionell dezidiert ausgewiesenen Aktivitäten verweist die auswertende Reflexion des Civitasprogramms auf die wirklichen, unspektakulären Alltagsprozesse und damit auch auf kaum eindeutige bzw. monokausal zu erklärende Wirkungen: „Allgemein lässt sich feststellen, dass das Programm und seine Projekte hier Wesentliches geleistet haben. Zu erwähnen sind zunächst die vielen kleinen, wenig spektakulären Entwicklungen vor Ort, die durch die Projekte angestoßen wurden: die Sensibilisierung von Bürgermeister, Stadtverordneten, Behörden, Jugendarbeitern und Lehrern für das Problem. Die Projekte haben dazu beigetragen, die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema am Leben zu erhalten. Gerade in kleinen Kommunen hat ihre Arbeit auch eine Brücke zwischen der kommunalen Öffentlichkeit und überregionalen Diskursen geschlagen. Das allerdings ist unterschiedlich gelungen und war von der Projektqualität abhängig. Die Selbstisolation von Kommunen, die ihre Probleme zu leugnen suchen und ihre externe Thematisierung als Stigmatisierung erleben, konnte ein Stück weit überwunden werden“ (ebd., 339). Die ausgedehnten Bundesprogramme hatten den Schwerpunkt insbesondere in der Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen, politischer Bildung und der Unterstützung jugendlicher Gegenkulturen – weniger im Förderungsbereich, in dem es um die Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen geht. Hier setzt das neue Programm für „Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ der Bundesregierung neue Akzente – und knüpft in gewisser Weise an das AgAG an.

3. In den praxisbezogenen Schlussfolgerungen ihrer Skinheadstudie kommen Möller und Schuhmacher (2007) u. a. zu einigen Aspekten für Soziale Arbeit, Pädagogik und Politik. Bei der Vielzahl von personalen, sozialen und strukturellen Faktoren, die rechtsextreme Orientierungen bedingen, gilt für die Autoren: Es sind „Erfahrungen, die rechtsextrem werden lassen; insbesondere Erfahrungen, die im Prozess des Aufwachsens gemacht werden. Insofern ist der entscheidende Angelpunkt von Gegenmaßnahmen, die Erfahrungsproduktion so zu beeinflussen, dass rechtsextreme Schlussfolgerungen aus Erlebnissen ausbleiben und stattdessen proaktiv demokratische Orientierungen gefördert werden“ (ebd.,

487). Das richtet den Blick auf die verantwortlichen Instanzen der Sozialisation, Erziehung und Bildung: Elternhaus, Kindertagesstätten/-gärten, Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Kontrollorgane – und auf die Politik. Vor diesem Hintergrund heißt es weiter: „Nur wenn möglichst durchgängig Erfahrungen des Nutzens und der Sinnhaftigkeit der eigenen Tätigkeit und von gewaltfreien und demokratischen Regularien sozialen Austausches gemacht werden können, entfallen die Gründe und Motive dafür, (sich) an Ungleichheitsvorstellungen und Gewaltakzeptanz festzuhalten“ (ebd., 488). Es geht also zusammengefasst und stichwortartig in der Jugendarbeit um basale Dimensionen, die gelingend dazu beitragen, das Leben zu bewältigen und erwachsen zu werden: subjektive Handlungsfähigkeit, soziale Integration, Selbstwertsicherung, Lebens-/Realitätskontrolle, Orientierungskompetenz, sozialer Rückhalt und positive Anerkennungsbilanzen; aber auch um Zivilcourage und politisches Handeln (vgl. Frankenberger u. a. 2007).

4. Jugendarbeit bietet vor allem Gelegenheiten (Gelegenheitsstruktur) für gemeinschaftliche Sozialintegration innerhalb von Cliques, Gruppen und Szenen – ermöglicht also Zugehörigkeits-, Teilhabe- und Anerkennungserfahrungen – sowie für soziale Unterstützung und positive Milieubildung; aber auch politisch an Netzwerken und Ressourcen (Finanzen, Infrastruktur etc.) mitzuarbeiten, die über den lebensweltlichen Nahbereich der Jugendlichen hinaus gehen.

Es geht um das Leben und Erfahrungen in der Jugendarbeit selbst. Demokratie und Partizipation, Anerkennung und Zugehörigkeit in der Jugendarbeit sind ein bedeutender präventiver Beitrag, um gegen Anfälligkeiten, Gefährdungen und Affinisierungsgefahren rechtsextremer Ideologien zu immunisieren. Für diese Kompetenzentwicklungen und Realitätserfahrungen ist Jugendarbeit (als peer education, peer helping, Jugendkulturen, Sozialraumgestaltung, jugendliche Selbstorganisation, Gruppen-/Verbandserfahrungen, Bildungserfahrungen, Ritualerfahrungen in den Übergängen und als Form der Kommunikation u. v. a.) mit ihren Arbeitsfeldern wie Jugendverbandsarbeit, offene Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und aufsuchende Jugendarbeit generell ein präventiver Ressourcenpool mit vielfältigen Gelegenheitsstrukturen.

5. Für die pädagogische Arbeit und den Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen (soweit man sie erreicht) – die bereits Affinisierungs- und Fundamentalisierungsprozesse in Cliques und Szenen durchlaufen haben – gelten als intervenierende ‚Instrumente‘: das pädagogische Mandat, in Cliquesstrukturen

‚einzugreifen‘; diese nicht sich selbst zu überlassen, sondern öffnend und erfahrungsvermittelt verändern zu wollen (nicht zu zerschlagen!). Nach Krafeld (2007) ist eine kritische Cliquenorientierung angemessen, „die auch auf dieser Beziehungsebene ‚Ernstnehmen‘ und ‚personale Konfrontation‘ miteinander verbindet, statt Cliques kritiklos zu begleiten“ (ebd., 310).

6. Neben dem notwendigen ‚Spezialwissen‘ über den (jugendkulturellen) Rechtsextremismus, über das man sich auf dem Laufenden halten muss, um mit den Jugendlichen – im Spannungsfeld von akzeptierender und konfrontativer Jugendarbeit – diskutieren und streiten, bildende und kreative Angebote begründen und Vereinbarungen treffen zu können, ist die Bedeutung von Beziehungsarbeit nicht gering zu schätzen (Hafenecker/Becker 2007). Positiv empfundene Beziehungen und ein einladendes, kommunikativ soziales Klima sind vielfach Ausgangspunkt für inhaltliche Diskussionen, aushaltbaren Streit und irritierende Nachdenklichkeit. In der Diskussion um aufsuchende Jugendarbeit mit rechtsextrem und menschenfeindlich orientierten Jugendlichen wurde – in Weiterentwicklung der ‚akzeptierenden Jugendarbeit‘ – das Konzept „Distanz(ierung) durch Integration“ formuliert (vgl. Bleiß u. a. 2004). Mit einer Mischung aus Prävention und Intervention und basierend auf dem „Integrations-/Desintegrationstheorem“ (Heitmeyer 2002-2007) zielt das Konzept auf drei Dimensionen:
 1. Nicht nur rechtsextreme Orientierungen im engeren Sinne, sondern auch damit eng korrelierende Aspekte von Menschenfeindlichkeit wie z. B. Sexismus, Homophobie, Abwertung deutscher Minderheiten (etwa von Obdachlosen) oder Islamophobie werden zu zentralen sozialpädagogischen Bearbeitungsgegenständen.
 2. Das Erarbeiten von Integrationsoptionen a) in Strukturen von Systemzusammenhängen (z. B. Arbeit, Bildung, Wohnen), b) in legitime Formen der Organisation von Interessen und in demokratische Instanzen des Interessenausgleichs (z. B. Vereinigungen, Jugendvertretungen) und c) in lebensweltliche Gemeinschaften (z. B. Familie, Gleichaltrigengruppen) wird als eine entscheidende Maßnahme der Förderung von Distanzierung gegenüber rechtsextremen und menschenfeindlichen Haltungen gesehen, weil so gewährte Erfahrungen von Zugehörigkeit, Partizipation und Anerkennung den Versprechungen rechtsextemer Offerten Paroli bieten können.
 3. Von hoher Bedeutung ist Beziehungsarbeit sowie im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe die Vermittlung eines Erfahrungsraums, in dem die Plan- und Beeinflussbarkeit der eigenen

Lebensbedingungen und die Funktionalität von Kompetenzentwicklungen in Richtung auf Reflexivität, Verantwortungsübernahme, Empathie, Impulskontrolle, Kommunikativität u. ä. m. für Integration und Kontrolle empfunden werden kann“ (Gulbins u. a. 2007, 527).

Schließlich kann Jugendarbeit auch für Distanzierungs- und Ausstiegsprozesse Bedeutung haben. Das ist eher marginal und nicht ausstiegsauslösend. Aber auch hier kann Jugendarbeit im Einzelfall ein Gesprächspartner und Begleiter (Unterstützer) sein – als Möglichkeit und Erfahrung im Prozess des Sich-Distanzierens von rechtsextremen Cliques und Szenezusammenhängen sowie des neuen (bzw. anknüpfenden) Sich-Integrierens in soziale Kontexte.

7. Hier geht es um Akzentsetzungen in der professionellen (Akteurs-)Rolle von hauptamtlichen Mitarbeitern in der Jugendarbeit und als lokaler Akteur mit den drei Aspekten: direkte pädagogische (präventive, intervenierende) Arbeit mit Jugendlichen (Hilfen, Bildung, Beziehung), dann lokaler Anwalt und Moderator (Netzwerkbildner) sowie schließlich politische Bekämpfung der rechtsextremen Szene. Gleichzeitig ist im Suchprozess der Definition von Berufsrolle und Zielsetzung vor falschen Dimensionierungen und Überforderungen – vor Konzeptüberdehnungen – zu warnen. Jugendarbeit und ihre Profession werden – immer wieder – instrumentalisiert, überfordert und mit unrealistischen Ansprüchen befrachtet (und dann auch mit Vorwürfen ihrer angeblichen Erfolglosigkeit konfrontiert). Jugendarbeit kommt gerade im Problemkontext ‚Rechtsextremismus und Gewalt‘ nicht umhin, sich selbst mit ihren Optionen, Möglichkeiten, Reichweiten und Grenzen deutlich zu positionieren (ihren Platz zu finden) und in einem komplexen Zuständigkeitsfeld der zugehörigen kommunalen Kultur zu verorten. Das gilt vor allem auch für die ehrenamtliche Jugendarbeit, die keine fachlich kompetente Berufsarbeit ersetzen kann.
8. Es geht um dauerhafte Lernprozesse von zivilgesellschaftlichen Akteuren, um die Entwicklung von lokalen Infrastrukturen und Vernetzungen, um gelebtes Engagement und Partizipation, von denen Jugendarbeit ein Teil ist und in denen ihr eine Rolle – wenn sie professionalisiert ist – mit moderierendem Beitrag zukommen kann. Jugendarbeit kann eine kommunale (interne und externe) und auch federführende Expertenfunktion für Rechtsextremismus zukommen, die berät, koordiniert, vernetzt, die Sozialraumanalysen erstellt, die eigene Angebote macht und im Gemeinwesen diese kommuniziert. Zivilgesellschaftlich orientierte Projektarbeit steht im ländlich-kleinstädtischen Raum vielfach aber auch vor

denkbar widrigen Bedingungen. Immer wieder müssen Projektakteure die Erfahrung machen, dass sich ihre Adressaten dort dem Projektanliegen verweigern. Immer wieder wird auch von Erfahrungen des Scheiterns berichtet. Häufig lehnen kommunale Verantwortungsträger die öffentliche Thematisierung rechtsextremer und fremdenfeindlicher Vorfälle ab – sei es, weil ihnen jede Problemeinsicht fehlt, sei es, dass sie den Imageverlust für ihre Gemeinde befürchten. Wer diese Vorfälle dann in die Öffentlichkeit trägt, sieht sich leicht mit dem Vorwurf der Nestbeschmutzung konfrontiert.

Aber die Projektarbeit in Kommunen/Regionen hat auch gezeigt, dass die Lage nicht nur hoffnungslos ist. So ist zu sehen,

- dass Jugendarbeit motiviert wird, sich mit dem lokalen (jugendlichen) Rechtsextremismus auseinanderzusetzen;
- dass lokale Akteure, die lange die Strategie der Problemlöschung verfolgten, für zivilgesellschaftliches Engagement zu gewinnen sind;
- dass Akteure und Akteursgruppen entdeckt wurden oder sich zu Wort meldeten, die man zuvor vergessen hatte, dass also neue Ansprechpartner zu gewinnen sind, die das Klima in der Gemeinde beeinflussen können.

Kleine Kommunen sind auf soziale Nahbeziehungen gebaut und diese Lebensweisen und Weltansichten hat der amerikanische Soziologe Robert K. Merton den Begriff des „Lokalismus“ gegeben. Dieses lokalistische Wertesystem gerät in der Konfrontation mit Rechtsextremismus in einen Selbstwiderspruch: Für die Bewohner ländlicher Räume ist der Rechtsextreme (Jugendliche) immer auch der Nachbar. Wer lokalistisch denkt, steht vor einem Dilemma: Dieser Nachbar tut moralisch Verwerfliches und dennoch bleibt man den nachbarschaftlichen Loyalitätsregeln verpflichtet. Daher ist zivilgesellschaftliche Projektarbeit (und auch Jugendarbeit) in ländlich-kleinstädtischen Kommunen wiederholt auch mit Widerständen konfrontiert. Die dort vorherrschende Mentalität des (konservativen) Lokalismus bildet das am schwersten überwindbare Hindernis beim Aufbau von Kooperation.

9. Schließlich bewegt sich Jugendarbeit auch im Feld der plausiblen, begründeten Repression bzw. repressiver Maßnahmen. Das gilt für ihren *Binnenraum* mit den Aspekten: Mitgliedschaft und ‚Rausschmiss‘, Haus-/Raumverbot, Musik- und Agitationsverbot, Hausordnung (Gewalt, Rassismus etc.). Repression und Regeln zu begründen und einzuhalten heißt (bei Straf- und Gewalttaten) im Einzelfall, diese in der Kooperation auch mit Polizei und

Justiz durchzusetzen (u. a. um Opfer zu schützen und ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen). Zur Jugendarbeit gehören immer auch notwendige Grenzmarkierungen, auf denen sie zum Schutz von Jugendlichen, zu ihrem eigenen Schutz und als demokratisch-partizipatives Milieu in einem Gemeinwesen bestehen muss.

10. Messbarkeit und Wirkungen: Die Jugendarbeit wird im Zusammenhang von ‚Rechtsextremismus und Gewalt‘ – wie die gesamte Kinder- und Jugendhilfe, respektive Jugendarbeit – mit einer gewissen Penetranz ständig nach ihren Wirkungen gefragt. Ich will hier nicht weit ausholen, die Argumente der Messbarkeit und Nicht-Messbarkeit, der Wirkungen und Kriterien sind bekannt. Für die politische Erwachsenenbildung haben Ahlheim/Heger (2006) eindrucksvoll gezeigt, wie der Spannungsbogen zwischen „Wirkungsoptimismus“ und „Messbarkeitskepsis“ aussieht. Belegt werden anhand der Auswertung von exemplarischen Lernbiografien und sensiblen und plausiblen (Selbst-)Beschreibungen die längerfristigen und biografischen Wirkungen sowie die Effekte und unterschiedlichen Nutzenaspekte politischer Erwachsenenbildung – ohne freilich einem naiven Input-Output-Schema das Wort zureden. Schubarth (2007) hat hier mit zwei Fragerichtungen die richtigen Hinweise gegeben: Man kann *erstens* nach dem organisierten Rechtsextremismus, rechtsextremistisch motivierten Gewalt- bzw. Straftaten, Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien, der Entwicklung einer rechtsextrem orientierten Jugendkultur, der öffentlichen Präsenz Rechtsextremer sowie der offenbar nicht unbeträchtlichen Akzeptanz rechtsextremer Haltungen in Teilen der Bevölkerung fragen. Dann könnte man eher zu einem negativen Ergebnis kommen. Man kann aber auch *zweitens* umgekehrt fragen, wie viele junge Menschen durch die zahlreichen Aktivitäten Impulse für ihre mentale und soziale Entwicklung bzw. biografische Entwicklungsarbeit erhalten haben. Fragt man hypothetisch, was wäre, hätte es diese Aktivitäten gar nicht gegeben, könnte die Antwort auch ganz anders ausfallen (ebd., 311). Eine auf Transparenz und offenen Diskurs zielende Evaluation, die Ziele, Methoden und Inhalte von Konzepten überprüfen will (was dringend geboten und nicht mit dem Schielen auf kurzfristige Wirkungen zu verwechseln ist), muss der Frage nachgehen, ob in langen und widersprüchlichen Prozessen rechtsextreme Orientierungen reduziert oder abgeschwächt worden sind.

Rechtsextremismus und Gewalt in der Jugendarbeit

Es gibt keine seriösen empirischen Befunde zu rechtsextremen Orientierungen (und Gewalt) aus der verbandlichen Jugendarbeit und der Offenen Jugendarbeit – aber es gibt zahlreiche Hinweise und Erfahrungen, die genauer zu untersuchen wären. So wird aus Jugendverbandsgruppen berichtet, dass es – vereinzelt und auch von Cliques – fremdenfeindliche, antisemitische und rassistische Sprüche, Witze und Metaphern sowie Bekennnisse gibt und Musik gehört wird. Von mehreren Trägern werden Fortbildung, Beratung und Qualifikation innerhalb der Verbandsstrukturen angeboten; in fast jedem Jugendverband ist ‚Rechtsextremismus und Gewalt‘ Thema geworden. Aus Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit sind die Hinweise dichter und häufiger; es gibt Cliques und Konflikte, es zeigen sich die Merkmale der rechten Jugendkultur wie Musik, Outfit, Parolen und Sprüchekultur. Hier bewegt sich der pädagogische Umgang im Spannungsverhältnis von Verbot, Beziehungsangeboten und Aufklärung/Bildungsangeboten; darüber hinaus ist Offene Jugendarbeit in Vernetzung und Kooperation mit anderen Einrichtungen bis hin zur Polizei einbezogen. Jugendarbeit kann nicht (mehr) so tun, als wären rechtsextreme Orientierungen eine Entwicklung „draußen“, zu der man sich positionieren und verhalten muss; es ist auch (zunehmend?) ein Problem in der Jugendarbeit, weil sie Teil, Spiegel und Abbild der Gesellschaft ist. Das begründet die notwendigen inneren Debatten, Klärungen und Vorgehensweisen. Und ein weiterer Hinweis: Es gab eine kurze Diskussion in der Zeitschrift ‚deutsche jugend‘ (2007) zu der Frage, ob es auch rechtsextrem orientierte Mitarbeiter in der Jugendarbeit geben würde. Hier wurde – mit aller Vorsicht – auf vereinzelte Beobachtungen/Erfahrungen hingewiesen. Aber es blieb bei Spekulationen – empirisch wissen wir nichts zu dieser Frage.

Fazit

Die Prävention und auch Intervention gegen Rechtsextremismus (und Gewalt) bei Jugendlichen wird weitgehend von der außerschulischen Jugendarbeit, von der Bildungs- und Sozialarbeit geleistet; weniger von der Familie und der Schule. Sie hat dann Chancen, kann dann erfolgreich sein, wenn sie längerfristig angelegt, vernetzt und professionalisiert ist.

Nur dann ist sie in der Lage, beruflich qualifizierte und kontinuierliche Arbeit zu leisten, „in die Mili-
eus der Problemgruppen selbst vorzudringen, gefährdete Jugendliche anzusprechen, Mitläufer aus den Szenen zu lösen, dem eigenen Milieu fremde Adressaten wie Haupt- und Berufsschüler zu erreichen und mit elaborierten Methoden die Entwicklung sozialer und moralischer Kompetenzen zu befördern. Man wird daher nicht hoffen

dürfen, dass ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement Aufgaben erfüllen kann, die nur von qualifizierter Sozial- und Jugendarbeit zu leisten sind“ (Lynen von Berg u. a. 2007, 337f.).

Das Fazit kann mit einer Frage von Krafeld (2007) auch so formuliert werden: „Wie schaffen wir es in einer Gesellschaft, in der viele junge Menschen so große Schwierigkeiten haben, ihren Platz zu finden, dazu zu gehören und gesellschaftliche Teilhabe und eigenständige Existenzsicherung zu erreichen, dass diese sich künftig von zivilgesellschaftlichen Entwicklungen eher etwas versprechen als von rechtsextremistischen Deutungs- und Orientierungsangeboten – egal, wo sie momentan stehen?“ (ebd., 306).

Die Auseinandersetzung mit dieser Frage heißt für die JA, dass sie *immer* pädagogisch *und* politisch zugleich ist.

Literatur

Ahlheim, K./Heger, B. (2006), Wirklichkeit und Wirkung politischer Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts.

Bleiß, K., u. a. (2004), Distanz(ierung) durch Integration – Neue konzeptionelle Grundlagen für aufsuchende Arbeit mit rechtsextremen bzw. menschenfeindlich orientierten Jugendlichen, in: neue praxis, Heft 6, 568-590

Bundesministerium des Inneren (2007), Verfassungsschutzbericht, Berlin

Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (2006), Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht, Berlin

deutsche jugend (2007), Heft 7/8, Schwerpunktthema mit sechs Beiträgen von Rieker, Krafeld, Schubarth, Hafener, Lynen von Berg und Scherr zu „Jugend und Rechtsextremismus“

Frankenberger, R. u. a. (2007), Politische Psychologie und politische Bildung, Schwalbach/Ts.

Gulbins, G., u. a. (2007), „Denn sie wissen nicht, was sie tun“? In: deutsche jugend, Heft 12, 526-534

Hafener, B./Becker, R. (2007), Rechte Jugendcliques, Schwalbach/Ts.

Heitmeyer, W. (2002-2007), Deutsche Zustände. Folge 1-5, Frankfurt/M.

Lynen von Berg, H./Pallocks, K./Steil, A. (2007), Interventionsfeld Gemeinwesen, Weinheim und München

Möller, K./Schuhmacher, N. (2007), Rechte Glatzen, Wiesbaden

Sitzer, P./Heitmeyer, W. (2007), Rechtsextreme Gewalt von Jugendlichen, in: APuZ, 30, 3-10

Sturzbecher, D./Holtmann, D. (Hrsg.) (2007), Werte, Familie, Politik, Gewalt – Was bewegt die Jugend? Berlin

Autor

Dr. Benno Hafener ist Professor für Erziehungswissenschaften an der Universität Marburg.

Der Kommentar: Neue Untersuchung zum Rechtspopulismus in NRW

Alexander Häusler

Die Arbeitsstelle Neonazismus/Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Fachhochschule Düsseldorf hat mit Unterstützung der LAGA NRW⁸, des AK Ruhr⁹, dem „Düsseldorfer Appell“¹⁰ und dem Migrationsrat Oberhausen eine Expertise zu aktuellen rechtspopulistischen Bestrebungen erarbeitet. Unter dem Titel „Rechtspopulismus in Gestalt einer ‚Bürgerbewegung‘: Struktur und politische Methodik von PRO NRW und PRO DEUTSCHLAND“ wird auf knapp 40 Seiten detailliert über Hintergründe und Erscheinungsform dieses neuen rechtspopulistischen Netzwerks informiert.

Die extreme Rechte versucht seit geraumer Zeit auf unterschiedlichen Wegen sich kommunal zu verankern und hat dabei in einigen Bundesländern durchaus Erfolg. Während sich das öffentliche Interesse bei diesen Bestrebungen zumeist auf die NPD und deren Einflussnahme in den ostdeutschen Bundesländern richtet, sind derartige Bestrebungen auch in Nordrhein-Westfalen zu beobachten. In mehreren Städten und Kreisen des Landes Nordrhein-Westfalen tritt seit einiger Zeit eine Gruppierung unter dem Deckmantel einer angeblich lokalen Bürgerinitiative in Erscheinung, die sich als „Bürgerbewegung“ bezeichnet. Wir haben es hierbei mit einer neuen Form von extrem rechter öffentlicher Selbstinszenierung zu tun: einem Rechtspopulismus inszeniert als ‚Bürgerbewegung‘.

Die Aktivitäten verlaufen zumeist nach dem gleichen Muster: Zunächst beginnen diese Gruppen mit der Verteilung von Flugblättern und Petitionen an die Öffentlichkeit. Diese sind aufbereitet als Unterschriftensammlungen und richten sich oftmals gegen den Bau einer Moschee und gegen „Islamismus“. Durch die Thematisierung lokaler Ereignisse wie etwa Moschee-Bauvorhaben soll augenscheinlich der Eindruck erweckt werden, es handele sich lediglich um eine ortsansässige Bürgerinitiative, die Anspruch auf Mitsprache erhebe. Meist beinhaltet der Name dieser „Bürgerbewegungen“ die Vorbezeichnung „pro“ in Verbindung mit dem Namen der jeweiligen Stadt oder des jeweiligen Landkreises, wie beispielsweise „pro Gelsenkirchen“ oder „pro Oberhausen“.

In Wirklichkeit jedoch handelt es sich hierbei – die genauere Betrachtung des Namens dieser Grup-

pirierung zeigt es – um einen kommunalen Ableger einer überregionalen Gruppierung. Einer Gruppierung, die politisch weit mehr als bloß Mitspracherecht bei Fragen um eine Moscheeeinrichtung in der Kommune erreichen will. Diese angeblich lokalen „Bürgerbewegungen“ sind jedoch Ableger eines Netzwerkes, das unter folgenden Bezeichnungen und Vereinigungen operiert: dem im Januar 2005 gegründeten Bundesverband der „Bürgerbewegung pro Deutschland“ (PRO D) und dem im Februar 2007 gegründeten Verein „Bürgerbewegung pro NRW“ (PRO NRW), aus dem im September 2007 eine Partei gleichen Namens formiert wurde. Diese organisatorischen Konstruktionen wurden auf Initiative von Akteuren der „Bürgerbewegung pro Köln“ ins Leben gerufen. PRO KÖLN wird im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahr 2006 unter der Rubrik „Rechtsextremismus“ aufgeführt.

Bei genauerer Betrachtung des Aktivistenstamms dieses rechtspopulistischen Netzwerkes ist dessen Verzahnung mit unterschiedlichen Gruppierungen der extremen Rechten anhand vieler Personen nachweisbar.

Die Gründung von PRO D und PRO NRW stellt den Versuch dar, das Modell der extrem rechten Gruppierung PRO KÖLN auf andere Städte zu übertragen.

Offenkundiges Bestreben ist es hierbei, unter dem Deckmantel einer „Bürgerbewegung“ und nach dem Vorbild von PRO KÖLN in rechtspopulistischer Manier Stimmung zu machen, um über das Mittel der Unterschriftenaktionen einen Verteilerkreis für eigene Wahlkampfambitionen für die nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen im Jahre 2009 zu erstellen.

Das Schüren von Ängsten und Vorurteilen gegenüber „dem Islam“ steht dabei im Zentrum rechtspopulistischer Agitation. Bei genauer Betrachtung der Strategiepapiere dieses Netzwerkes wird augenscheinlich, dass über Unterschriftensammlungen in Form von „Bürgerbegehren“ in undurchsichtiger Weise versucht wird, an Adressen und politisches Klientel für eigene politische Wahlkampfzwecke heranzukommen. Dies stellt eine Form von Instrumentalisierung vorhandener Ängste und Vorurteile für politische Zwecke dar, die offensichtlich gegen das interkulturelle friedliche Miteinander gerichtet sind.

Um den politischen Gesamtkontext dieser Gruppierung einschätzen und bewerten zu können, ist eine genaue Kenntnis über die Entstehung, Entwicklung und Praxis von PRO KÖLN / PRO NRW und ihr politisches Umfeld erforderlich.

Zudem wird in der Expertise aufgezeigt, dass es einen Wirkungszusammenhang gibt zwischen dem Erstarken eines rechten Populismus und der Auseinandersetzung um Integrationsfragen in der politischen Mitte der Gesellschaft. Rechtsextremismus und Rassismus sind keine isoliert zu be-

⁸ LAGA NRW: Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen

⁹ AK Ruhr: Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen

¹⁰ Düsseldorfer Appell gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus des Jugendrings Düsseldorf

trachtenden Phänomene. Sie gedeihen in einem gesellschaftlichen Kontext von Auseinandersetzungen um soziale, kulturelle und politische Fragen. Gefährliche Wirkungen entfaltet organisierter Rechtspopulismus dann, wenn die Abgrenzung der politischen Mitte von extrem rechten Positionen inhaltlich zu erodieren beginnt.

Die Expertise verdeutlicht, dass der organisierte Rechtspopulismus dort ansetzen kann, wo vorhandene Ängste und Vorurteile kanalisiert werden können. Dabei wird versucht, von Rechtsaußen in die politische Mitte hinein zu wirken. Dies bedeutet, dass nicht zuletzt auch die politische Mitte Verantwortung dafür trägt, ob der Rechtspopulismus auf gesellschaftliche Resonanz trifft.

Zur wirkungsvollen Unterbindung kommunaler Einflussnahmen von Rechtsaußen gehört die präventive und offene Aufklärung über die Strategie und Machenschaften von PRO NRW. Dies bedarf eines breiten Austausches zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort.

Die Expertise dient der praktischen Auseinandersetzung vor Ort mit dieser Form von Rechtspopulismus. Sie soll helfen, diese Machenschaften als das zu enttarnen, was sie real darstellen: Politisch motivierte Aufwiegelei auf Kosten eines friedlichen und gleichberechtigten Miteinanders.

Dabei scheuen die Rechtspopulisten sogar nicht davor zurück, ihre Propaganda vor Schulhöfen zu verteilen. Mit der Gründung von „Jugendgruppen“ wird versucht, auch Schülerinnen und Schüler vor den rechten Karren zu spannen.

Gleichzeitig ist in den Kommunen ein hoher Beratungsbedarf über das inhaltliche und methodische Wirken dieses extrem rechten Netzwerkes festzustellen. Die nun vorliegende Untersuchung soll eine Hilfestellung für die konkrete Aufklärung über rechtspopulistische Kampagnen in den Kommunen bieten. Sie wird kostenlos zur Prävention gegen rechtspopulistische Agitation zur Verfügung gestellt.

Kostenloser Bezug:

LAGA NRW, Helmholzstraße 28, 40215 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 99 41 60, info@laga.nrw.de

Autor

Alexander Häußler ist Mitarbeiter der Arbeitsstelle Neonazismus/Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Fachhochschule Düsseldorf.

Nachrichten

Zuschüsse für Modellprojekte gegen politischen Extremismus

Um neue Entwicklungen im Bereich der Jugendhilfe fördern zu können, gewährt der Landschaftsverband Rheinland (Landesjugendamt) Zuschüsse für die Planung und Durchführung von Modellprojekten. Hierbei handelt es sich um Mittel der Sozial- und Kulturstiftung des Landschaftsverbandes Rheinland. Für die Ausschreibung 2008 hat der Landesjugendhilfeausschuss u. a. das Thema „Aktionen gegen politischen Extremismus bei Jugendlichen“ festgelegt. Anträge können bis zum 31.01.2008 beim Landesjugendamt Rheinland in Köln gestellt werden.

Infos: www.lvr.de/jugend/foerderungen/modelle/, doris.scherer-ohnemueller@lvr.de

Tel: 02 21 / 8 09-62 41

Literatur und Materialien

... zum Thema Rechtsextremismus

📖 Becker, Reiner/Hafeneger, Benno: Rechte Jugendcliquen. Zwischen Unauffälligkeit und Provokation. Eine empirische Studie, Schwalbach i. Ts.: Wochenschau Verlag, 2007

📖 Becker, Reiner: Ein normales Familienleben. Interaktion und Kommunikation zwischen „rechten“ Jugendlichen und ihren Eltern (Reihe Wissenschaft), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau Verlag, 2008

📖 Behn, Sabine/Klose, Andreas/Pilz, Gunter A. u. a.: Wandlungen des Zuschauerhaltens im Profifußball (Schriftenreihe des Bundesinstituts für Sportwissenschaft, Bd. 114), Schorndorf: Hofmann GmbH & Co. KG, 2006

📖 Botsch, Gideon/Kopke, Christoph/Rensmann, Lars u. a. (Hg.): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention, Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg, 2007

📖 Döring, Uta: Angstzonen. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive (Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Reihe Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, 2008

📖 Frölich, Margrit/Hafeneger, Benno/Kaletsch, Christa u. a. (Hg.): Zivilgesellschaftliche Strategien gegen die extreme Rechte in Hessen, Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel Verlag, 2007

Henig, Clemens: Salonfähigkeit der Neuen Rechten. ‚Nationale Identität‘, Antisemitismus und Antiamerikanismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1970-2005: Henning Eichberg als Exempel, Marburg: Tectum Verlag, 2007

Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) (Hg.): Rechtspopulismus in Gestalt einer „Bürgerbewegung“. Struktur und politische Methodik von PRO NRW und PRO Deutschland. Expertise der Arbeitsstelle Neonazismus, Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf, Düsseldorf 2007

Landeskommission Berlin gegen Gewalt (Hg.): Berliner Projekte gegen Rechtsextremismus. Forschungsbericht des Zentrums für Antisemitismusforschung, Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus an der TU Berlin (Berliner Forum Gewaltprävention (BFG), Nr. 30), Berlin 2007

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg/RAA Brandenburg (Hg.): Handreichung für Schulen zum Umgang mit rechtsextremen „Schülerzeitungen“, Berlin 2007

Möller, Kurt/Schuhmacher, Nils: Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads (Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Reihe Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2007

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH (Hg.): Letzter Halt: Ausstieg. Wege aus der rechtsextremen Szene, Berlin 2007

... zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Antirassismus

Anne Frank House/OSCE/ODIHR (Hg.): Anti-Semitism in Europe up to 1945. Teaching materials on the history of Jews and anti-Semitism in Europe, Part 1 (Lithuanian Sample), o. O., o. J.

Anne Frank House/OSCE/ODIHR (Hg.): Anti-Semitism: a never-ending struggle? Teaching materials on the history of Jews and anti-Semitism in Europe after 1945, Part 2 (Polish Sample), o. O., o. J.

Antidiskriminierungsstelle Brandenburg/Inte-

grationsbeauftragte des Landes Brandenburg (Hg.): Blöde Anmache? Nicht mit mir! Ein Ratgeber für Jugendliche – Ausgabe für Brandenburg und Nordrhein-Westfalen, Potsdam 2007

Benz, Wolfgang: Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung, München: Verlag C. H. Beck, 2007

Berliner Büro des American Jewish Committee /Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM)/ Zentrum für Antisemitismusforschung (Hg.): Fit machen für Demokratie und Toleranz. Jugendliche setzen sich mit Antisemitismus auseinander. Dokumentation des Youth-Leader Trainings, Berlin: Metropol Verlag, 2007

Brubaker, Rogers: Ethnizität ohne Gruppen, Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH, 2007

AntiDiskriminierungsbüro (ADB) Köln, Öffentlichkeit gegen Gewalt e. V./Caritasverband für die Stadt Köln e. V., Antidiskriminierungsbüro/Interkulturelles Referat der Stadt Köln (Hg.): „Nein, das gibt's hier nicht!“ Diskriminierung in Köln – (k)ein Einzelfall? Gemeinsamer Bericht der Träger der Antidiskriminierungsarbeit im „Drei-Säulen-Modell“ in Köln 2006, Köln 2007

Europahaus Aurich in Kooperation mit der Anti-Bias Werkstatt Berlin (Hg.): Methodenbox: Demokratie-Lernen und Anti-Bias-Arbeit. Demokratie verstehen und leben, Aurich 2007

European Network against Racism (ENAR) (Hg.): Racism in Germany. ENAR Shadow Report 2006, Brüssel 2007

Geulen, Christian: Geschichte des Rassismus, München: Verlag C. H. Beck, 2007

Hormel, Ulrike: Diskriminierung in der Einwanderungsgesellschaft. Begründungsprobleme pädagogischer Strategien und Konzepte, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2007

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Andi. Comic für Demokratie und gegen Extremismus, Bd. 2, Düsseldorf 2007

Schäuble, Barbara/Scherr, Albert: „Ich habe nichts gegen Juden, aber ...“. Ausgangsbedingungen und Perspektiven gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit gegen Antisemitismus (hrsg. von der Amadeu Antonio Stiftung), Berlin 2007

Wippermann, Wolfgang: Agenten des Bösen.

Verschwörungstheorien von Luther bis heute, Berlin: be.bra Verlag GmbH, 2007

... zum Thema Zuwanderung und Migration

Das Kennenlernabo!



Migration und Soziale Arbeit
 1
 2007
 Gender
 - Migration und Gender-Appeale
 - Interkulturelle, transnationale, migranten- und soziale Arbeit
 - Schicksalsfragen der Migration
 - Anknüpfung Ethik und Sozialarbeit
 - Verantwortung in der Migrationsozialarbeit
 - Migrantische Identitäten von Jugendlichen
 - Sozialarbeit junger Postmigrantischer Generationen
 www.juventa.de

Migration und Soziale Arbeit

- informiert über die spezifische Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik und ihren besonderen Bedarf an sozialen Dienstleistungen
- sensibilisiert für ein kulturelles Miteinander auf gleichberechtigter Basis, fördert den interkulturellen Dialog und regt gegenseitige Lernprozesse an
- dokumentiert interkulturelle Praxisprojekte im Bildungs-, Jugend- und Sozialbereich
- engagiert sich für die Belange der MigrantInnen und ermöglicht den kritischen Dialog zwischen Fachkräften verschiedener Herkunft und Profession

Migration und Soziale Arbeit erscheint 3 x jährlich (zwei Einzelhefte und ein Doppelheft). **Das Kennenlernabo kostet € 14,- für 2 Hefte frei Haus.** Es geht automatisch in ein reguläres Abo über, wenn es nicht nach Erhalt des 2. Heftes ausdrücklich gekündigt wird. Jahresabonnement € 36,- zzgl. Versandkosten. Der Gesamtbezugspreis (Abonnementpreis zzgl. Versandkosten € 4,20) ist preisgebunden.

Mehr Info im Internet: <http://www.juventa.de>
 Juventa Verlag, Ehretstraße 3, D-69469 Weinheim

JUVENTA

📖 Bade, Klaus J./Emmer, Pieter C./Lucassen, Leo u. a. (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn/München: Verlag Ferdinand Schöningh/Wilhelm Fink, 2007

📖 Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS) (Hg.): Migration und Soziale Arbeit, Themenheft „Parallelgesellschaft“ und Stadtentwicklung (29. Jg., Heft 3/4 2007), Weinheim: Juventa Verlag, 2007

📖 Krumbiegel, Sebastian (Hg.): Hoffnung säen. Lebensgeschichten von Flüchtlingen, Hamburg: edition Körber-Stiftung, 2005

📖 Martin, Noël: Nenn es: mein Leben. Eine Autobiografie (aufgezeichnet von Robin Vandenberg Herrfeld), Karlsruhe: von Loeper Literaturverlag, 2007

📖 Topçu, Canan: EinBÜRGERung. Lesebuch über das Deutsch–Werden. Portraits. Interviews. Fakten, Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel Verlag, 2007

... zum Thema NS-Vergangenheit

📖 Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Sehen. Deuten. Handeln. Filme über Nationalsozialismus und Holocaust im Unterricht, Berlin 2007

... zu den Themen interkulturelles Lernen und interkulturelle Gesellschaft

📖 Bielefeldt, Heiner: Das Islambild in Deutschland. Zum öffentlichen Umgang mit der Angst vor dem Islam (Deutsches Institut für Menschenrechte (Hg.): Essay No. 7), Berlin 2007

📖 Brocker, Manfred/Hildebrandt, Mathias (Hg.): Friedensstiftende Religionen? Religion und die Deeskalation politischer Konflikte (Reihe Politik und Religion), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2008

📖 Bund der Deutschen Katholischen Jugend Hessen (BDKJ) (Hg.): Arbeitshilfe Courage! Für Vielfalt und Toleranz. Wissen – Sehen – Handeln, Mainz 2007

📖 Halm, Dirk/Sauer, Martina: Bürgerschaftliches Engagement von Türiinnen und Türiken in Deutschland (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Empirische Studien zum Bürgerschaftlichen Engagement), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2007

📖 Joost, Angela/Leggewie, Claus/Rech, Stefan: Handbuch „Der Weg zur Moschee – eine Handreichung für die Praxis“. Ein Projekt der Herbert-Quandt-Stiftung (herausgegeben von der Herbert-Quandt-Stiftung), Bad Homburg 2002

📖 Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e. V. (Hg.): Thema Jugend. Zeitschrift für Jugendschutz und Erziehung. Themenheft „Cultural Mainstreaming“ (Nr. 3/2007), Münster 2007

📖 Landeshauptstadt München, Direktorium, Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (Hg.): Zwischen allen Welten. Überlegungen zur Situation lesbischer Migrantinnen und schwuler Migranten in München, München 2007

📖 Neubert, Stefan/Roth, Hans-Joachim/Yildiz, Erol (Hg.): Multikulturalität in der Diskussion. Neuere Beiträge zu einem umstrittenen Konzept (Interkulturelle Studien, Bd. 12), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2008

📖 Ökumenische Centrale, Projekt „Weißt du, wer ich bin?“ (Hg.): „Weisst du, wer ich bin?“ Das Projekt der drei großen Religionen für friedliches Zusammenleben in Deutschland. Materialsammlung I. Basisheft und Materialsammlung; II. Projektarbeit für Jugend und Schule, Frankfurt a. M. 2006

📖 Schad, Ute: Geschlechtssensible Gewaltprävention in der (interkulturellen) Jugendarbeit als Beitrag zu einer Kultur der Menschenrechte, Bern: Edition Soziothek 2007

📖 Straub, Jürgen/Weidemann, Arne/Weidemann, Doris (Hg.): Handbuch interkulturelle Kommunikation und Kompetenz. Grundbegriffe – Theorien – Anwendungsfelder, Stuttgart/Weimar: Verlag J. B. Metzler, 2007

... zu den Themen Jugendarbeit und Jugendhilfe

📖 Corsa, Mike (Hg.): Praxisentwicklung im Jugendverband. Prozesse – Projekte – Module (Jugend im Verband, Bd. 3), Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, 2007

📖 Kilb, Rainer/Weidner, Jens (Hg.): Konfrontative Pädagogik. Konfliktbearbeitung in Sozialer Arbeit und Erziehung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2. überarbeitete und erweiterte Aufl., 2006

... Verschiedenes

📖 Hufer, Klaus-Peter/Kuhn, Hans-Werner/Massing, Peter u. a. (Hg.): Wörterbuch Politische Bildung, Schwalbach i. Ts.: Wochenschau Verlag, 2007

📖 Kuhn, Hans-Werner/Massing, Peter (Hg.): Methoden und Arbeitstechniken (Weißeno, Georg (Hg.): Lexikon der politischen Bildung, Bd. 3), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau Verlag, 2002

📖 Rose, Lotte/Schulz, Marc (Hg.): Gender-Inszenierungen. Jugendliche im pädagogischen Alltag (Unterschiede: Diversity, Bd. 7), Königstein i. Ts.: Ulrike Helmer Verlag, 2007

📖 Sander, Wolfgang: Politik entdecken – Freiheit leben. Didaktische Grundlagen politischer Bildung (Reihe Politik und Bildung, Bd. 50), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau Verlag, 2. vollständig überarbeitete u. erweiterte Aufl., 2007